

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhandlung und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pfennig. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark.

Abbestellung bis zum 1. Oktober. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark.

Telegramme: Cogeblat Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 222

Sonntag, den 22. September 1929

24. Jahrgang

Die neue Seeabrüstungskonferenz

In den Abmachungen der Washingtoner Seeabrüstungskonferenz vom Jahre 1922 war vorgesehen worden, daß die Fragen, die damals noch ungelöst geblieben sind, auf einer neuen internationalen Abrüstungskonferenz bereinigt werden sollten. Man hatte das Jahr 1931 dafür in Aussicht genommen. Auf der Washingtoner Konferenz hatte man sich darauf geeinigt, daß das Abüstungsverhältnis für die Großkampfschiffe und Flugzeugmutterchiffe über 10 000 Tonnen durch die Zahlen ausgedrückt würde 5:5:3. Die Seestreitkräfte der Amerikaner und Engländer sollten bei den großen Schiffseinheiten einander gleich sein, während sich die der Franzosen, Italiener und Japaner zu denen der Engländer und Amerikaner wie je 3:5 verhalten sollten. Diese Abmachung machte dem Abrüstungsstreit auf dem Atlantischen und Stillen Ozean für die Großkampfschiffe ein Ende. Amerika hat damals zahlreiche große Schlachtschiffe zum alten Eisen geworfen. Es war aber auch schon damals klar, daß sich der Weltstreit nunmehr auf die Schiffstypen unter 10 000 Tonnen konzentrieren würde. Hier war England den Amerikanern noch erheblich überlegen und diese haben denn auch, um einen Ausgleich zu finden, ein kostspieliges Abrüstungsprogramm vorbereitet. Diese Bauten wurden mit großer Energie in Angriff genommen, als ein Versuch des amerikanischen Präsidenten Coolidge im Jahre 1927, die Washingtoner Vertragsstaaten auf das Washingtoner Abüstungsverhältnis auch für die Kriegsschiffe bis zu 10 000 Tonnen zu verpflichten, ergebnislos blieb. Es gelang Coolidge zwar, eine Konferenz nach Venedig einzuberufen, aber die Verhandlungen haben sich tatsächlich nur zwischen Amerika, England und Japan abgespielt. Japan war zu einer weiteren Abrüstung bereit, weil es sich in drückenden finanziellen Schwierigkeiten befand. Frankreich und Italien aber hielten sich sehr zurück, weil sie sich auf eine Verminderung ihrer Kräfteflotte und ihrer kleinen Kriegsschiffe, Torpedoboote und U-Boote, nicht einlassen wollten. England seinerseits wollte den Vorschlägen der Amerikaner nicht nachkommen, weil es als Inselstaat bei der Auffassung beharrte, die Oberhoheit zur See auch weiterhin ausüben zu müssen. Jede weitere Einigung mit Amerika über das Ergebnis der Washingtoner Konferenz hinaus hätte den Nachschubgleich mit Amerika bedeutet. Die konservative Regierung glaubte das nicht ertragen zu können. So sind schließlich die Verhandlungen gescheitert. Aber dieses negative Ergebnis hat eigentlich nur Frankreich eine ungemischte Freude gefunden.

Es war zu erwarten, daß manmehr Amerika auf Grund der finanziellen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, mit seinem Plan, seine Kreuzerflotte auszurüsten, Ernst machen würde. Es stellte ein Programm von 15 Kreuzern auf, mit dem es der Kreuzerflotte der Engländer gefährlich werden mußte. Die Engländer haben sich infolge dessen in die Notwendigkeit versetzt, auch ihrerseits neue Kreuzerbauten in Angriff zu nehmen, wobei es aber allen Einsichtigen selbstverständlich war, daß Amerika bei diesem Wettkampf den längeren Atem haben würde. Unter dem Druck dieser Entwicklung ist dann das englisch-französische Marineabkommen vereinbart worden, in welchem Frankreich zugunsten der englischen Auffassung auf seine Forderung verzichtete, daß zwar der Besatzungsgehalt der Flotten vermindert werden sollte, aber innerhalb des so gezogenen Rahmens den Vertragsstaaten freigestellt würde, die Schiffe zu bauen, die sie zu bauen wünschte. Frankreich hätte alsdann zahlreiche U-Boot-Flottillen geschaffen, die für das isolierte England einschlagungsgemäß der schärfste Feind sind. Frankreich verzichtete also auf diese Forderung, wogegen England seinen Widerstand gegen die Stellung Frankreichs in der Seeabüstungsfrage aufgab. Dieses Marine-Abkommen ist bekanntlich annulliert worden, weil die Amerikaner darin einen unerfreulichen Akt erblickten. Aber auch die Italiener erklärten sich als Gegner dieses Geheimvertrages.

Inzwischen ist in Amerika ein neuer Präsident gewählt worden und auch England hat seine Regierung gewechselt. Das Kabinett Macdonald stellte sich nicht mehr auf den Boden des Grundgesetzes, daß England unbedingt die Herrschaft zur See haben müsse, sondern sah den englischen Vorteil in einer Verständigung mit Amerika, die dem kostspieligen Wettkampf ein Ende machen würde. Die gleich nach dem Regierungsantritt Macdonalds begonnenen Verständigungsverhandlungen haben auch zu einer Einigung geführt. Im Gegensatz zu den Besprechungen, die zu dem erwähnten französisch-englischen Geheimvertrag geführt haben, sind die zwischen Macdonald und Hoover geführten Verhandlungen in aller Öffentlichkeit geführt worden. Die übrigen Washingtoner Vertragsstaaten sind aber jede Phase der Verhandlungen unterrichtet geblieben. Zwischen England und Amerika ist jetzt eine Verständigung über die Kriegsschiffe bis zu 10 000 Tonnen erreicht, auch die beiderseitigen Kreuzerflotten werden künftig ziemlich gleich stark sein. Es heißt man, daß jetzt von England und Amerika Einladungen an Frankreich, Italien und Japan ergehen werden, zu einer dritten Seeabüstungskonferenz zusammenzukommen, die im Januar nächsten Jahres in London stattfinden soll. Die Gefühle der Franzosen und Italiener sind im Augenblick noch sehr beklommen, auch Japan formuliert bereits gewisse Vorbehalte. Zugleich aber macht England in dem Genuß auch Vorstöße für eine energische Seeabüstung, deren merkwürdiges Echo darin besteht, daß man sowohl in England wie in Frankreich die Labour-Regierung daran erinnert, daß sie eine Wiederherstellung repräsentiert.

Das Drama vom Königsee

eine Reklamat des „Goldfällsebzugs“?

Die „Münchener Telegramm-Zeitung“ veröffentlicht eine Wiener Meldung, die der Auffassung Ausdruck gibt, daß das Drama vom Königsee, wo sich der geheimnisvolle Selbstmörder ereignete, haben soll, von dem Wiener Kaufmann Winkler, genannt „Goldfäll-

Bekennnis der Industrie

Für die Republik — gegen die Pläne rechtsabwärtiger Abenteurer

In der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Düsseldorf machte der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisberg, in seiner Begrüßungsansprache bemerkenswerte Ausführungen über die Stellungnahme der deutschen Industrie zur Republik.

Die von grundsätzlicher Bedeutung sind und gleichzeitig eine scharfe Abfrage an die Elemente bedeuten, die die Wirtschaft zu parteipolitischen Wandern gegen die Republik mißbrauchen wollen. Duisberg rühmte die Verdienste des Geschäftsführers des Reichsverbandes, Reichsgerichtspräsidenten a. D. Dr. Walter Simons, der den maßgebenden Instanzen vom ersten Augenblick gezeigt hat,

daß die Industrie nicht gewillt sei, Abenteuerern Gefolgschaft zu leisten, oder durch einen Handstreich unserer Politik eine neue Richtung geben zu wollen.

Das Verhalten Simons sei damals von der Gesamtheit des Reichsverbandes gebilligt worden. Dieser Erfolg war auch symptomatisch für die Stellung des Reichsverbandes zum Staate überhaupt. Niemand, so fuhr Duisberg fort, könne es uns verdenken, daß wir, deren Jugend in die Zeit Bismarcks und unseres erstarkten Kaiserturns gefallen ist, auch der Vergangenheit ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren. Aber der Reichsverband der deutschen Industrie konnte seine Stellung nicht gegen oder neben dem neuen Staat, so wie er heute ist, sondern nur in ihm und mit ihm finden. Daß er das getan hat, daß er mit allen anderen Volksgenossen mitgewirkt hat an dem Wiederaufbau des deutschen Reiches, das zeigt die Geschichte dieser zehn Jahre.

Duisberg trat dafür ein, daß bei wirtschaftlichen Erörterungen des Reichsverbandes die Parteipolitik ausgeschaltet werden müsse.

Sollten aber unsere Beratungen je einmal, was ich nicht zu fürchten wage, zum Tummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen werden, so würde dies der Untergang unseres Reichsverbandes sein.

Deshalb zweifle ich nicht daran, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß der Reichsverband auch in Zukunft unbedingt an dieser Neutralität in allen politischen Fragen festhalten muß. Wir sind das unserer Stellung und Bedeutung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft schuldig und dienen damit nicht nur uns selbst, sondern auch dem gesamten deutschen Vaterland.

feberkönig“, angezettelt worden sei, und daß es weder einen Toten noch einen Selbstmörder gebe. Winkler habe bereits verschiedene solcher „dramatischer Sensationen“ arrangiert. Der Briefinhalt, das Hineinziehen aktueller politischer Persönlichkeiten, die Suche nach einem Zusammenhang mit den Bombenattentaten in Norddeutschland, das Briefpapier mit dem herausgeschnittenen Adelswappen hätten deutliche Ähnlichkeit mit den Reklamemethoden, die der Wiener „Goldfällsebzugs“ bei seinen früheren Affären angewandt hatte. Ein Besuch im Laden des Goldfällsebzugs am Kohlenmarkt in Wien ergab, daß sein Personal nichts von dem Kaufmann Winklers weiß.

Wachsende Front gegen Hugenberg

Radikaler Führerwechsel verlangt

Das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens hat gegen Hugenbergs Gesandtschaft zum Volksbegehren eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„In einmütiger Empörung stellen wir fest, daß eine Anzahl Führer der Rechten mit einer verblüffenden Leichtfertigkeit im Begriff ist, die nationale Opposition in eine noch nie dagewesene Niederlage zu führen. Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß im Namen des nationalen Deutschlands ein Volksbegehren veranstaltet werden soll, dessen katastrophaler Ausgang schon heute besiegelt ist. Wir protestieren dagegen, daß der Gesandtschaft der Herren Hugenberg, Pflüger, Selbte uns auf den Zustand des Dames-Plans zurückzuführen will. Wir fordern, daß die nationale Opposition im deutschen Volk zur Revision des Gesamtproblems der Arbeitslosigkeit aufgepart wird. In dieser Empörung weisen wir die in § 4 des Gesandtschaftsvertrages enthaltene Beschimpfung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zurück. Wir haben mehr Vertrauen zu dem nationalen Verantwortungsbewußtsein Hindenburgs, als zu dem Herrn Hugenberg, Pflüger, Selbte...“

Die Steuerwünsche der Industrie

In der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der unter dem Vorsitz des Geheimrats Duisberg, bezw. Abraham Frommels im Ständehaus tagte, behandelte an erster Stelle Direktor Dr. Hausmann das Thema „Grundriss über die Umgestaltung der Steuerpolitik“. Der Redner führte aus, daß es jetzt zunächst darauf ankomme, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise der auch auf der Industrie lastende ungeheure Steuerdruck am schnellsten und kühlbarsten erleichtert werden könne. Man müsse sich über die Schwierigkeiten und Fehler des gegenwärtigen Steuersystems klar werden und überlegen, wie sie praktisch beseitigt werden können. Der Redner stellte an Hand der letzten vom Reichsverband veröffentlichten Arbeit über Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn industrieller Unternehmungen im Jahre 1927 fest, daß selbst in dem verhältnismäßig noch günstigen Jahre 1927 die durchschnittlichen Ausschüttungen der industriellen Gesellschaften auf das Nominalkapital berechnet 5,7 Proz. und die durchschnittlichen Steuerleistungen 7,9 Proz. betragen haben. In diesen Zahlen sei aber die weitere starke Steuerbelastung nicht mitrechnet, die von den Gesellschaften auf die ausgeschütteten Gewinne zu entrichten seien. Hiermit ergebe sich zwischen dem Ertrage der Unternehmungen und der Höhe ihrer Besteuerung ein starkes Mißverhältnis, auf welches die Stagnation der Wirtschaft zum wesentlichen Teile zurückzuführen sei. Die erwünschte Arbeit des Reichsverbandes ergebe weiterhin, daß die Arbeitskraft im Durchschnitt überhaupt nur noch 2,5 Proz. ihres Lohnes an Lohnsteuer zahlt. Der durch die Senkung der Umsatzsteuer verursachte Einnahmeausfall in den Reichseinnahmen in Verbindung mit dem Stand der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften habe den Steuerdruck auf die produktive Wirtschaft, insbesondere durch weitere Anspannung der Gewerbesteuerung, noch verstärkt. Es sei daher Hauptaufgabe einer kommenden Steuerreform, der produktiven Wirtschaft eine durchgreifende Steuererleichterung zu gewähren. In erster Linie sei der völlige und sofortige Wegfall der Industrieaufbringung notwendig. Ein nur allmählicher Abbau der Industrieaufbringung sei abzulehnen. Zu fordern sei ferner eine durchgreifende Senkung der Gewerbesteuerung, die aber in einer Form geschehen müsse, daß den legitimen Bedürfnissen der Kommunen durch eine andere Ausgabenverteilung und andere Steuerüberweisungen Rechnung getragen werde. Weiterhin müsse an eine Senkung der überhöhten Einkommensteuertarife herangegangen werden. Soweit hierzu nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, müßte der Ausgleich in einer entsprechenden indirekten Besteuerung gefunden werden. Wenn hierüber auch die Frage einer Umgestaltung der Besteuerung von Bier, Tabak und Alkohol ernstlich zu erwägen sei, dürfe man doch von einer derartigen Maßnahme keine allzu großen Welterwartungen erwarten. Eine Hauptfrage bleibe nach wie vor der Zwang zu Ersparnissen auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft. Vor allem müsse in der Arbeitslosenfrage an durchgreifende Einschränkungen der Ausgaben herangegangen werden. Es seien aber auch Vorkehrungen etatsrechtlicher Art notwendig, um auch im übrigen Ersparnisse bis in die kleinsten Posten hinein zu ermöglichen. Die öffentlichen Betriebe müßten so wie alle anderen Privatbetriebe besteuert werden. — In den Worten Dr. Hausmanns schloß sich eine rege Diskussion.

Weiter wird jetzt bekannt, daß der Bund Oberland in der neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Das Dritte Reich“, die offenbar noch vor Bekanntwerden des Wortlauts des Hugenbergschen Gesandtschaftsvertrages in Druck gegangen ist, zu folgender Gesamtwürdigung der Hugenbergschen Aktion bereits aus ihren Vorbereitungen heraus gelangt: „Man muß einmal diese Dinge ganz durchdenken, dann wird einem klar werden, in wie unumgänglicher Lage sich die deutsche Opposition befindet. Sie hat sich mit dem Reichsausschuß in eine solche Sackgasse verrennt, daß nur ein radikaler Führerwechsel noch die Möglichkeit eines Weiterkommens bietet.“

„Jene jammervollen Gestalten...“

Pflüger über seine Bundesgenossen

Heute tritt der Reichsausschuß zur Vorbereitung des Volksbegehrens zusammen. Man erwartet sehr lebhaft Auseinandersetzungen, bei denen insbesondere die Vertreter des Stahlheimes in einer unerfreulichen Lage sind. Sie müssen die peinliche Erfahrung machen, daß es in der Politik immer noch Radikaler gibt. Triumpierend stellt der „Volksbeobachter“, das Organ Pflügers, die nationale Unzuverlässigkeit aller jener Leute, die im „Reichsausschuß“ der Parole der Nationalsozialisten nicht blinzelnd folgen.

Die Herrschaften, die sich gegen den § 4 des Volksbegehrens stemmen, sind jene jammervollen Gestalten, denen wir Dames- und Locarno-Politik mit zu verdanken haben, die weder folgerichtig denken noch ganze Entschlüsse fassen können. Man sieht die Erfüllungspolitik entweder als Unheil an oder nicht. Im ersten Fall müssen auch ihre Führer zur Verantwortung gezogen werden. Und diese abgebrühten Herren erlaubt man nicht moralisch, sondern nur, wenn sie wissen, daß ihnen für ihre wot-